

sprechen über: „Das schulpflichtige Kind und die Mutter“ und abends 8 Uhr wird Frau Dr. Käthe Kaiser-Leipzig behandeln: „Das evangelische Haus und sein Sonntag“. Dieselbe Rednerin wird Dienstag vormittag 1/9 Uhr sprechen über: „Das erwachsene Kind und die Mutter“, und 1/12 Uhr wird Frau Oberlehrer Hantusch als letzten Vortrag bringen: „Die religiöse Beeinflussung des Kindes durch die Mutter“. Es wird, wie aus dem Vorhergehenden ersichtlich ist, ein sehr wichtiges Gebiet unseres häuslichen Lebens, des Volkslebens, der Kirche zur Verhandlung stehen. Und wen gingen das mehr an als unsere Mütter, besonders unsere jungen Mütter? Darum seien alle Mitglieder unserer Frauenvereine aufgefordert, dieser Tagung, wenn nicht alle zwei Tage, so doch wenigstens den einen Nachmittag oder den anderen Vormittag zu schenken. Wenn die Tagung in Kamenz der vor zwei Jahren in Pulsnitz abgehaltenen ähnlich wird, dann wird keine Teilnehmerin es zu bereuen haben, mitgehört und mitberaten zu haben. Darum zahlreich kommen, zumal die Verbindung von Pulsnitz nach Kamenz leicht und bequem ist. (Abfahrt Montag: 2 Uhr, Dienstag: früh 1/8 Uhr.)

Pulsnitz. (Dienstjubiläum.) Herr Direktor Geißler von der A.-G. Ueberlandkraftwerke Pulsnitz konnte am 1. d. Mts. sein 25 jähr. Dienstjubiläum feiern. Aus kleinen Anfänger heraus hat er das Werk seit dem Jahre 1903 durch Umsicht und rastlose, unermüdbliche Arbeit zu seiner heutigen Blüte gebracht und hat sich dadurch unbeschriebene Verdienste um unsere Stadt erworben. Die Glückwünsche der Stadt überbrachten der stellv. Bürgermeister Herr Stadtrat Beyer und Herr Stadtverordneter-Vorsteher Zimmermann. Beide Herren widmeten dem Jubilar herzliche und ehrende Worte. Herr Stadtrat Beyer sprach sodann als Vorsitzender des Aufsichtsrates der A.-G. Herrn Direktor Geißler die vollsten dankbaren Anerkennungen verbunden mit den herzlichsten Wünschen des Aufsichtsrates für seine bisherige erfolgreiche Tätigkeit aus, unter gleichzeitiger Ueberreichung eines sinnvollen Ehrengeschenkes. Die dem Jubilar weiter von allen Seiten zugegangenen Ehrungen legen bededtes Zeugnis von der Beliebtheit des bewährten Führers ab. Auch wir beglückwünschten Herrn Direktor Geißler zu diesem Ehrentage; möge es ihm vergönnt sein, noch recht lange segensreich und arbeitsfreudig an der Spitze des von ihm geleiteten Unternehmens zu stehen.

Pulsnitz. (Die Sächsische Landesbühne.) Zeitung Maximus René schreibt uns: Infolge einer plötzlichen ersten Erkrankung eines Hauptdarstellers macht sich leider eine Aenderung im Spielplan der für den 5., 8., 9., und 10. Februar vorgesehenen Gastspiele der Sächsischen Landesbühne nötig. Es gelangen zur Aufführung anstelle des für Mittwoch, den 8., abends angelegten Lustspiels „Der Geizige“ das 5 actige Trauerspiel „Sappho“ von Franz Grillparzer und anstelle von „Schneider Wibbel“ am Freitag, den 10. das 3 actige Lustspiel „Liebe und Trompetenblasen“ von Hans Sturm und Hans Bachwitz zur Aufführung. Die anderen angekündigten Vorstellungen „Der Raub der Sabinerinnen“, „Der Günstling“ und „Kotzsch“ bleiben unverändert. Ueber die beiden neuangelegten Stücke wird in einer der nächsten Nummern berichtet werden.

Pulsnitz. (Sprechtag.) Der Bezirksfürsorgeverband, Abteilung Kriegerversorgung, Kamenz hält am Dienstag, den 7. Februar 1928, nachmittags 1/4 bis 6 Uhr im Ratskeller zu Pulsnitz, 1 Treppe, Sprechtag ab. Es werden Versorgungs- und Fürsorgefragen erörtert und entsprechende Anträge und Besuche entgegengenommen. Bedürftige Veteranenbeihilfenempfänger aus früheren Kriegen können ebenfalls dort vorsprechen.

(Aus dem Gemeinsamen Ministerialblatt.) Das Gemeinsame Ministerialblatt vom 31. Januar Nr. 2 enthält eine Verordnung über Erhöhung der Bezüge von Altersrentnern, sowie Mitteilungen über falsche Hundert- und Zehn Rentenmarktscheine und über falsche Kennzeichnungsnummern. Außerdem liegt dem Blatt das Inhaltsverzeichnis für Jahr 1927 bei. — Das Ministerialblatt für die Sächsische Innere Verwaltung Nr. 3 vom 1. Februar bringt Bestimmungen zum Verwaltungslosteingesetz, über die Gebühren im Mahnverfahren, zur Portosparnis und zum Lastenausgleich, sowie Richtlinien für die Entschädigung der nichtberufsmäßigen Bürgermeister und Standesbeamten, ferner eine Musterfakung für Jagdgenossenschaften, Verordnungen betreffend Anliegersiedlungen, über den Verkehr mit landwirtschaftlichen Grundstücken, über Gewerbebetriebsverordnungen 1928 und schließlich über Unfallanzeigen. Außerdem werden die Personalveränderungen in der Polizeiverwaltung bekanntgegeben. — Das Verordnungsblatt des Sächsischen Innere Verwaltung Nr. 3 vom 1. Februar enthält Bestimmungen über den Ausbau der Berufsschulen im Schuljahr 1928/29 und über Abhaltung von Prüfungen für Werklehrer und Werklehrerinnen am Werkseminar in Leipzig.

(Die Schulferien 1928.) Das Volksbildungsministerium hat die Ferien an den Schulen für 1928 wie folgt festgelegt: Osterferien vom 31. März bis mit 14. April, Pfingstferien vom 26. Mai bis mit 2. Juni, Sommerferien vom 12. Juli bis mit 18. August, Herbstferien vom 22. September bis mit 6. Oktober, Weihnachtferien vom 22. Dezember 1928 bis zum 5. Januar 1929.

(Mütterberatungen.) Freitag, den 10. Febr. finden folgende Mütterberatungen statt: Obersteina, nachm. 1/4 Uhr in der Schule, Niedersteina, nachm. 4 Uhr in der Schule. Arzt wird anwesend sein.

Kamenz. (Nach dem Tätigkeitsbericht der Gendarmerie der Amtshauptmannschaft Kamenz) sind im Monat Januar von den Gendarmerie- und Kriminalbeamten der Amtshauptmannschaft Kamenz 553 Anzeigen erstattet worden. Sie verteilen sich auf nachstehend genannte Fälle: 1 Sittlichkeitsverbrechen, 4 Verleumdungen und Körperverletzungen, 41 Diebstähle und Unterschlagungen, 1 Erpressung, 13 Betrugs- bzw. Urkundenfälschungsfälle,

Räumung des Rheinlandes wünschten. Hopiteau von der Rechten glaubte feststellen zu können, daß Deutschland immer größere Ansprüche erhebe; Briand habe es für notwendig gefunden, den Völkerverbundspakt durch den Pakt von Locarno und durch Schlichtungsabkommen zu ergänzen, die Gefahr bestehe aber auf dem Balkan und im Osten Deutschlands weiter. Die Deutschland zu gewährenden Konzeptionen zur Stärkung der demokratischen Strömung in Deutschland seien vergebens und so gebe es eben für Frankreich keine anderen Garantien als die Aufrechterhaltung der Befugung. — De Jouvenel leitete seine Ausführungen mit der Sentenz Gotthardts-Wärfen ein, um zu beweisen, daß das bisherige Vorgehen des Völkerverbundes in Investitionsfragen keineswegs genüge. Die ganze in Genf vertretene französische Auffassung über die Abrüstung und die internationale Kontrolle läufte auf dem Spiel. Die moralische Sicherheit sei für die militärische Abrüstung unerlässlich. Paul Boncour habe mit seiner Forderung einer internationalen Kontrolle im Rheinland Deutschland keineswegs erniedrigen wollen. Zur Räumungsfrage erklärte der Redner, daß die französische Politik in dieser Frage nur dann von Erfolg gekrönt sein werde, wenn

1 Sachbeschädigung, 2 Brandstiftungen, 1 Jagdvergehen, 5 grober Unfug bzw. Ruhestörungen, 1 Betteln und Landstreichen, 54 straßenpolizeiliche Uebertretungen, 8 gewerbe-polizeiliche Uebertretungen, 41 Verletzungen sonstiger Strafbestimmungen, 7 Ausschreibungen in Fahndungsblättern, 23 Nachtragsanzeigen, 350 sonstige Anzeigen. Festgenommen wurden 4 Personen wegen Diebstahls, Bettelns und Gesuchtwendens. Von Diebstählen kamen 11 schwere und 33 einfache zur Anzeige. Davon fanden 29 ihre Erledigung. — Auf den Wandererherbergen erhielten im Januar 478 Personen Tages- bzw. Nachtverpflegung.

Bauzen. (Verhängnisvolle Folgen.) hatte die Unachtsamkeit eines Dienstmädchens bei einem in der Carolaftraße wohnenden Ingenieur. Das Mädchen hatte am Mittwoch das elektrische Bügeleisen gebracht und es dann ohne den Strom auszuschalten, zur Seite gestellt. Die Plättlocke wurde schließlich so heiß, daß es die Unterlage in Brand setzte. Dieser griff dann auf die übrige Zimmereinrichtung über und hatte zur Folge, daß das Zimmer vollständig ausbrannte. Der dadurch entstandene Schaden ist beträchtlich.

Dresden. (Der Dresdner Karnevals-Umzug) findet am Sonntag, den 19. Februar statt.

Dresden. (Um die Rechtsgültigkeit des Schiedsspruchs in der Hüttenindustrie.) Vor dem Arbeitsgericht Dresden wurde über die Feststellungsklage des Verbandes der Metallindustriellen in der Frage der Rechtsgültigkeit des Schiedsspruchs für die sächsische Hüttenindustrie verhandelt. Nach längerer Beratungen verurteilte das Arbeitsgericht, daß es am kommenden Montag seine Entscheidung den Parteien bekanntgeben werde.

(Ermittelte Räuber.) Wie erinnerlich, drangen am 27. Dezember v. J. zwei maskierte Räuber in die Räume des Konsumvereins in Weigsdorf Kößlich in der Oberlausitz ein und raubten aus der Ladentasse 130 Mark, während sie unter dem Rufe „Hände hoch“ das Personal in Schach hielten. Als Täter wurden jetzt die Brüder Behnisch ermittelt und der Staatsanwaltschaft in Bauzen zugeführt.

Stadt Wehlen. (Volksentscheid in Wehlen.) Hier fand die durch Volksentscheid verlangte Bürgerabstimmung darüber statt, ob das Stadtverordnetenkollegium aufgelöst werden solle. Die Abstimmung hatte ein negatives Ergebnis, da keine Mehrheit der eingetragenen Gemeindeglieder für die Auflösung zustande kam.

Planen. (Der Mörder Hein in Asch gesehen.) Der Jenaer Postträger und Mörder Hein ist in dem Dorf Asch an der sächsisch-thüringischen Grenze gesehen worden. Der Polizei gelang es, auf die Spur des Verbrechers zu kommen, als ein Bauer einen verdächtigen Fremden anzeigte, der 100 Kronen haben wollte, um über die Grenze zu kommen. Sein wurde auf der Straße angeprochen, ergriff aber Hals über Kopf die Flucht und konnte entkommen. In Koburg ist er dann wieder bemerkt worden, erschoß dort einen Kriminalbeamten und floh. Er wird jetzt in den dortigen Wäldern gesucht und dürfte kaum entkommen.

Bisher ist es noch nicht gelungen, des Mörders von Untersiemau, in dem bekanntlich der Postträger Hein vermutet wird, habhaft zu werden. Doch sind die den Wald umschließenden Landstrichen immer noch mit Lastautos der Koburger, Lichtensfelder und Bayreuther Schutzpolizei besetzt. Ein großer Teil der Bevölkerung, der sich eine große Erregung bemächtigt hat, ist immer noch auf den Beinen, um Zeuge der Festnahme des Mörders zu sein. Von mancher Seite wird jedoch daran gezweifelt, daß sich der Gesuchte noch im Walde befindet.

Sächsische Landtagsausschüsse.

Der Haushaltsausschuß A behandelte einen kommunistischen Antrag, der sich auf die sächsische Ausführungsverordnung zum Reichsgesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten bezieht. Abg. Böttcher (Komm.) legte als Berichterstatter den Standpunkt seiner Richtung dar und forderte allgemeine kostenlose Behandlung der Geschlechtskranken, kostenfreie Aufnahme in Krankenhäuser und dergleichen mehr. Die Regierung machte Angaben über alle Einrichtungen, die von ihr sowie von den Trägern der sozialen Versicherungen und freien Vereinen getroffen worden sind. In der Aussprache richtete Abg. Frau Dr. Wich-Beil (Dem.) Angriffe besonders auf die Dresdener Verhältnisse, wo nach ihrer Meinung die Behörden zu engberzig vorgehen. Auch die Abg. Frau Büttmann (Dm.) bezeichnet die gegenwärtigen Zustände als unhaltbar. Abg. Boigt (D. Vp.) hebt hervor, daß das Reichsgesetz offenbar fühlbare Lücken aufweise. In der Abstimmung wurden die kommunistischen Anträge sämtlich abgelehnt, ein demokratischer Antrag, der die Aufhebung öffentlicher Säuer und ähnlicher Einrichtungen wünscht, wurde angenommen.

Der Geschäftsbericht 1926 der Landesbrandversicherungsanstalt behandelte den Haushaltsausschuß B, der zustimmend von ihm Kenntnis nahm. In der Aussprache wiesen die bürgerlichen Vertreter auf den sehr ungünstigen Abschluß der Mobiliarabteilung hin, deren Fortbestehen nicht als unbedingt notwendig zu erachten sei. Abg. Lippe (D. Vp.) stellte hierzu einen entsprechenden Antrag. Dr. Rastner (Dem.) verlangte unbedingte Beschränkung auf den jetzigen Geschäftsbereich. Zum Schluß wurden Arbeiterfragen der verschiedenen Staatsbetriebe behandelt.

es ihr gelinge, die französische Sicherheit über 1935 hinaus garantiert zu sehen. Man brauche sich nur vorzustellen, daß das Rheinland geräumt werden könnte, um zu erkennen, daß das interalliierte Schuldproblem und das Reparationsproblem eng zusammenhängen und die Befugung des Rheinlandes von finanzieller Bedeutung sei. Es sei nicht die Schuld Frankreichs, wenn England und Italien sich einem Ostpakt nicht anschließen wollten. Es sei aber notwendig, daß sie einem neuen internationalen Pakt, über den die Verhandlungen sich nicht mehr verzögern ließen, mit unterzeichneten und daß der Frieden nicht nur am Rhein, sondern auch an der Weichsel garantiert werde. Deutschland möge sich diesem Pakt anschließen, worauf Frankreich nicht zögern würde, das Rheinland zu räumen. — Ebenbenoit von der gemäßigten Rechten erklärte u. a., daß Stresemann einer internationalen Kontrolle im Rheinlande bis 1935 anstelle der Befugung zustimme, über 1935 hinaus aber nichts von einer Kontrolle wissen wolle. Dies sei eine schwerwiegende Erklärung, die von Frankreich nicht übersehen werden dürfe.

Der Rechtsausschuß nahm das Polizeibeamtengesetz in Beratung. Von Seiten der bürgerlichen und der Linksparteien waren zahlreiche Anträge gestellt worden. Die Beratung wurde abgebrochen.

Die Kosten der Sozialpolitik.

Sitzung der Sächsischen Industriellen. Der Gesamtvorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller genehmigte in seiner Sitzung in Dresden zunächst den vorgelegten Geschäftsbericht, über dessen Inhalt besonders berichtet wurde. Ferner erfolgte die Aufnahme von 36 neuen Mitgliedern. Weiter beschloß der Gesamtvorstand, die diesjährige Hauptversammlung des Verbandes am Freitag, dem 16. März, in Dresden abzuhalten.

Des weiteren nahm der Gesamtvorstand ein Referat des Reichstagsabgeordneten Dr. Rademacher über die Arbeitslosenversicherung und ihre finanzielle Auswirkung entgegen. Dr. Rademacher bezifferte den Gesamtaufwand, der im Jahre 1927 für Zwecke der Arbeitslosenversicherung gemacht worden ist, auf etwa 772 Millionen Mark, ein Betrag, der zum größten Teil von der Wirtschaft aufgebracht werden mußte und die Höhe der gesamten Sozialbelastung, die für 1927 mit schätzungsweise 5 Milliarden anzunehmen ist, sofern nicht erhebliche Ersparnisse gemacht wurden, wesentlich mit beeinflusst.

In seinen weiteren Ausführungen beschäftigte sich der Vortragende mit der Bildung des Notstandes und der Organisation der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung und unterstrich die Notwendigkeit der engen Fühlungnahme zwischen der Wirtschaft und ihren in den Organen der Reichsanstalt sitzenden Vertretern. Zum Schluß gab Dr. Rademacher noch einige interessante Einzelheiten aus dem Etat des Reichsarbeitsministeriums bekannt, das mit eines der teuersten Ministerien sei. Er kritisierte dann noch die sehr intensive, über das bei der heutigen Wirtschaftslage tragbare Maß weit hinausgehende gesetzgeberische Tätigkeit dieses Ministeriums und betonte die Notwendigkeit, daß auf die im Gebiete im Interesse der Wirtschaft unbedingt eine Ruhepause eingeschaltet werden muß.

Die sächsische Fischzucht.

Die Landwirtschaftskammer macht darauf aufmerksam, daß im vergangenen Jahr die Befischungsernte nach ihrer Menge nicht in der erhofften Weise ausgefallen ist. Aus diesem Grunde ist rechtzeitige Bestellung auf Befischungsempfehlungen, wobei der Sächsische Fischereiverein e. V., Dresden-A., gern bereit ist, Bezugsquellen auf gezüchteter Befischung kostenlos nachzuweisen.

Zur Förderung der Fischerei in den sächsischen Elbstromstrecken hat das Finanzministerium in den beiden letzten Jahren je 1000 Mark zur Verfügung gestellt. Um den Fischbestand der Elbe, der zurzeit vorwiegend aus geringwertigen Weißfischen besteht, zu verdoppeln, wurden im Jahre 1926 zunächst 4000 Stück Jungaale in der Elbe ausgefetzt. Für das Frühjahr 1928 sind zur Befugung der Elbe 100 000 Stück Jungaale (Albrut) bestellt worden. Ein erfreuliches Ergebnis der bisherigen Maßnahmen zeigte sich gelegentlich der Befischungen der Häfen im Pirnaer Strombezirk, bei denen die in sehr großer Zahl gefangenen Jungaale von 6—8 Zentimeter auf 18—25 Zentimeter gewachsen waren. Dieses erhebliche Wachstum läßt darauf schließen, daß der Zander in der Elbe ein geeignetes Ernährungs- und Aufzuchtgebiet gefunden hat. Landwirtschaftskammer, die die Anerkennung ihres Betriebes als Befischzucht durch die Landwirtschaftskammer aufreben, haben für das laufende Jahr spätestens bis zum 1. März ihre Anmeldung zu tätigen; die Bedingungen werden von der Landwirtschaftskammer abgegeben.



Ein Postbeamter in der neuen Uniform.

Der Stand der Wirtschaftsverhandlungen mit Polen.

Polen muß in politischen Fragen noch sehr weit entgegenkommen.

Berlin. Ueber den Stand der deutsch-polnischen Verhandlungen wird von maßgeblicher polnischer Seite mitgeteilt: